



## Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz

### pensionskasse pro

*managed by Tellco*

Wir sind die verlässliche Partnerin in der beruflichen Vorsorge für heute, morgen und übermorgen.

[www.pkpro.ch](http://www.pkpro.ch)

*Vorsorgen*

*Vorausschauen*



Behalten  
Sie Ihr Geld!  
Vergleichen  
lohnt sich!

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident

Andreas Kümin AG  
Mc PaperLand  
Mühlenerstrasse  
8856 Tuggen  
Tel. 041 465 66 66  
Fax 041 465 66 67  
andreas.kuemin@mcpaperland.ch  
www.mcpaperland.ch

## H+I-Geschäftsführer

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Schützenstrasse 2  
Postfach 618  
6431 Schwyz  
Tel 041 820 34 44  
Fax 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Partner für alle Finanzfragen

Schwyzer Kantonalbank  
Bahnhofstrasse 3  
Postfach 263  
0431 Schwyz  
Tel. 058 800 20 20  
kundenzentrum@szkb.ch  
www.szkb.ch

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druckl media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Inhaltsverzeichnis

### SZ

Wirtschaftsmeldungen ..... 4–8

### Aktuell

Digitale Revolution:  
Geht uns die Arbeit aus? ..... 9

### Themen

Eine Schutzklausel ist eine  
realistische Option..... 10

Revision der Quellensteuer – Ziel:  
mehr Rechtssicherheit und  
weniger Bürokratie ..... 11

Das Bruttoinlandprodukt  
im 4. Quartal 2015..... 12

Regulierungskostenbremse gefordert..... 13

Index ..... 14

### Kommentar

Und ewig lächelt der Kandidat  
am Strassenrand ..... 15

## Hallo, mein Name ist Locky



ARTANOVA / Horst AG  
Stéphanie Horst  
CEO

«Sie finden, Locky klingt doch ganz nett? Da haben Sie sich aber gewaltig in mir getäuscht. Als Erpresser-Trojaner infiziere ich im Moment Rechner auf der ganzen Welt.

In Deutschland und Frankreich treibe ich die Menschen gerade massenweise in die Verzweiflung – bei bis zu 5000 und mehr Neuinfektionen je Stunde kein Wunder. Doch auch die Schweiz ist für mich interessant, wie Sie gleich noch lesen werden. Einmal nicht Acht gegeben und auf meine Fake-Rechnung im Mailhang geklickt ... schon geht nichts mehr. Wenn Sie jetzt denken, das passiert doch eh nur den anderen, dann lesen Sie einmal, wie es der ARTANOVA / Horst AG ergangen ist.»

Ich will es gleich vorweg nehmen: «Locky» hat im Februar auch uns eiskalt erwischt. 96 Stunden lang keine Mails, Bestellungen unmöglich – eine Katastrophe. Na-

türlich waren auch wir ganz sicher, dass uns so etwas niemals zustossen wird ... wie man sich täuschen kann! Nach dem ersten Schock kam die Wut. Die Wut über Menschen, die ihre Zeit und ihr Know-how investieren, um andere Existenzen zu bedrohen.

Was geht in diesen Köpfen nur vor? Haben wir nicht schon genug andere Probleme, die uns global in Atem halten? Die Weltwirtschaft zittert, weil ihr Motor China wankt. Millionen chinesischer Arbeiter sollen angeblich entlassen werden – ein fatales Signal. Europa ist angesichts der Flüchtlingskrise zerstritten wie seit langem nicht mehr und droht wegen nationaler Alleingänge auseinander zu brechen. Unser aller Sicherheitsempfinden ist spätestens seit den IS Terroranschlägen in Paris in seinen Grundfesten erschüttert. Und als würde all das nicht reichen, kommen nun auch noch diese Cyber-Verbrecher daher, um mit teuflisch hinterlistigen Viren Profit zu machen ... na toll!

So düster die Lage im Moment auch erscheinen mag: Es hilft ja nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. «Jetzt erst recht» muss das Motto für die Zukunft lauten. Denn nur wenn wir gemeinsam nach neuen Wegen und Lösungen suchen, können wir neue Perspektiven kreieren. Dass sich Hacker plötzlich ein neues Hobby suchen oder nur noch konstruktive Software entwickeln, ist höchst unwahrscheinlich. Daher gilt: Ein Plan B muss her. Das haben auch wir erkannt und gehandelt ... wie genau, werde ich hier natürlich nicht erläutern. Aber Ihr IT-Administra-

tor hat bestimmt die richtigen Antworten parat.

In diesem Sinne: Bleiben Sie positiv!

ARTANOVA / Horst AG  
Stéphanie Horst  
CEO

### Regierung und Kantonsrat bleiben bürgerlich

Auch wenn aufgrund des neuen Wahlmodus («Doppelter Puckelsheim») erwartet wurde, dass die linke Ratshälfte zulegen wird, so bleibt die Schwyzer Politik fest in bürgerlicher Hand: Bei den Regierungsratswahlen vom 20. März gelang der Einzug in die Exekutive 2x den Liberalen (FDP) mit Kaspar Michel (Finanzen), Petra Steimen-Rickenbacher (Inneres) und René Bünter sowie 3x der SVP mit Andreas Barraud (Landammann, Umwelt) und André Rüeeggsegger (Sicherheit). Der Regierungsrat wird ergänzt mit den 2 CVP-Mitgliedern Othmar Reichmuth (Bau) und Michael Stähli. Im Kantonsrat konnte die SP/Grüne-Fraktion um 4 auf 15 Sitze zulegen, die FDP verlor 2 Sitze (neu: 22), die SVP ebenfalls 2 (neu: 33). Die CVP verlor 2 Sitze (neu: 27), kann jedoch mit Unterstützung der Grünliberalen (+2, neu 3) rechnen, womit sie in der Kantonsratsfraktion weiterhin bei 30 Sitzen bleibt.

### Staatshaushalt schliesst überraschend im Plus

Schwarze statt rote Zahlen: Mit dieser Überraschung wartete Anfang März Finanzdirektor Kaspar Michel auf. Die revidierte Staatsrechnung 2015 schliesst mit einem Überschuss von 10 Millionen Franken ab. Geplant war ein Defizit von 66 Millionen. Verantwortlich dafür sind einige Sondereffekte, aber auch die Tatsache, dass 30 Millionen Franken oder 4 Prozent mehr Steuern eingenommen werden konnten. Weder die Steuer- noch die Sparschraube werden deshalb gelockert. Der Regierungsrat sei «mit Nachdruck» bestrebt, den Finanzhaushalt langfristig zu stabilisieren, sagte Regierungsrat Michel. Seit 2005 hat der Kanton Entlastungsmassnahmen in der Höhe von 240 Millionen Franken beschlossen. Zusätzlich soll die anstehende Steuergesetzrevision Mehreinnahmen von 170 Millionen bringen.

### Regierung hält an flat rate tax fest

Die Regierung hält nach Abschluss der Vernehmlassungsfrist weiter an der flat rate tax fest. Hängig ist zudem ein weiteres Entlastungsprogramm. Dieses soll weitere Einsparungen in der Höhe von 41 Millionen Franken bringen. Neben eigentlichen Verzichtentscheiden will der Kanton einzelne Aufgaben ganz oder stärker an die Gemeinden delegieren. Der Kantonsrat hat darüber noch nicht beraten.

### Axpo will aus AG Kraftwerk Wägital aussteigen

Die AG Kraftwerk Wägital (AKW) hat im letzten Geschäftsjahr 124 Mio. Kilowattstunden Strom pro-

duziert. Dies entspricht 103 Prozent des langjährigen Mittels, obwohl die Niederschlagsmenge im Wägital mit 1759 mm 17 Prozent unter dem langjährigen Mittelwert lag. Geschäftsleiter Alfred Züger bezeichnete an der Generalversammlung in Innerthal das Jahresergebnis als gut, betonte aber, dass die Rahmenbedingungen für die Wasserkraft schwierig geworden seien. Der Zürcher Stadtrat und Verwaltungsratspräsident Andreas Türler erwähnte, dass Energie aus Wasserkraft derzeit fast doppelt so viel koste wie Strom auf dem internationalen Markt. Dies liege einerseits an der massiv subventionierten Sonnen- und Windenergie. Selbst die als CO<sub>2</sub>-Schleudern bekannten Kohlekraftwerke würden staatlich unterstützt. An der AG Kraftwerk Wägital halten die Stadt Zürich und die Axpo je 50 Prozent. Die Axpo hat angekündigt, dass sie ihren Anteil veräussern wolle, was zu einiger Unruhe bei der AKW führte. Näheres wurde an der GV in Innerthal nicht gesagt. Es hiess nur, man habe verschiedene Institutionen über die Verkaufsabsichten informiert und warte nun ab.

Im Kraftwerk Siebnen herrscht Sanierungsbedarf: Ab April werden die Turbinen und Generatoren der Maschinengruppen 1 bis 4 erneuert.

### Richtplan ist nun definitiv

Im letzten Herbst hat der Regierungsrat den Richtplanentwurf in die Vernehmlassung geschickt. Innert Frist gingen 238 Eingaben mit 1400 Anträgen ein. Aufgrund dieser Rückmeldungen wurde nun die definitive Fassung ausgearbeitet und von der Regierung zuhanden des Kantonsrats verabschiedet. Das Parlament kann dieses behördenverbindliche Instrument nur noch zur Kenntnis nehmen. Das für das gesamte Kantonsgebiet gültige Planungspapier ersetzt die drei regionalen Richtpläne Rigi-Mythen, Mitte und March-Höfe. Es legt die Raumplanung für die kommenden 25 Jahre fest. Der Kanton soll unter Einhaltung der neuen Bundesvorgaben zur Raumplanung weiterhin massvoll wachsen. Gleichzeitig sollen wertvolle Natur- und Kulturlandschaften geschont werden. Dies soll durch verdichtetes Bauen, das Schliessen von Baulücken oder Umnutzung von Brachen erreicht werden.

### Kantonalbank zieht positive Bilanz zum Jubiläumsjahr

Die Schwyzer Kantonalbank (SZKB) hat mit zahlreichen Jubiläumsaktivitäten während des zurückliegen-

den Jahres ihr 125-Jahre-Jubiläum gefeiert. 10 000 Kunden besuchten die zehn Jubiläumskonzerte mit dem Sinfonieorchester Kanton Schwyz. Im Rahmen der 10-Franken-Aktion erhielten zwölf sozial-karitative Institutionen von der SZKB insgesamt rund eine halbe Million Franken. Vereine und Institutionen konnten bei der SZKB ein Gesuch für einen Sonderbeitrag an ein Projekt einreichen. Von den 120 Eingaben erhielten 60 einen Sonderbeitrag, 40 Projekte einen ordentlichen Sponsoringbeitrag und 20 Gesuche mussten abgelehnt werden. Mit den 27 Angeboten des SZKB-Passes kam das Jubiläum definitiv bei allen Kunden an. Die SZKB stellte jedem Mitarbeitenden einen bezahlten Tag zur Verfügung, mit dem sie sich freiwillig in einem gemeinnützigen Projekt für die Öffentlichkeit engagieren konnten. Bis Mitte Dezember 2015 hatten sich über 350 Mitarbeitende (67%) eingeschrieben.

### **Kühne schafft neue Ordnung im Konzern**

Der 78-jährige Hamburger Unternehmer Michael Kühne schafft eine neue Ordnung in seinem verzweigten Reich. Der Erbe und Mehrheitsaktionär (53 Prozent) von Kühne + Nagel zieht seinen persönlichen Vertrauten Karl Gernandt vom Verwaltungsratspräsidium des Logistikkonzerns ab und macht ihn zum exekutiven Verwaltungsratspräsidenten der privaten Kühne Holding. Darin eingelagert ist Kühne's Anteil von 20 Prozent an der deutschen Containerreederei Hapag-Lloyd, die er vor einigen Jahren zusammen mit einem Konsortium dem Zugriff chinesischer Investoren aus Singapur entzogen hatte. Darüber hinaus besitzt Kühne ein Luxushotel auf Mallorca und 2017 wird in Hamburg das Nobelhotel «The Fontenay» eröffnet, in das der Wahlschweizer und Heimwehhanseat ebenfalls mehr als 100 Millionen Euro gesteckt hat. Neuer Verwaltungsratspräsident von Kühne + Nagel ist ab Mai der 58-jährige Jörg Wolle. Er sitzt seit 2010 im Verwaltungsrat der Kühne Holding und ist in der Schweizer Finanz- und Unternehmenswelt eine bekannte Grösse. Von 2006 bis 2009 sass er im Verwaltungsrat der Grossbank UBS. Der Zeitpunkt für den Wechsel scheint gut gewählt zu sein. Kühne + Nagel schwimmt trotz einiger widriger äusserer Umstände auf einer Erfolgswelle. Trotz Wechselkursschock hat das in Franken berichtende Unternehmen 2015 den Gewinn um 5,4 Prozent auf 679 Millionen Franken gesteigert, während der Umsatz wechselkursbedingt um über 4,4 Prozent zurückgegangen ist, wie an der Bilanzpressekonferenz Ende Februar bekannt gegeben wurde.

### **Siemens-Manager für OC Oerlikon**

Der Technologiekonzern Oerlikon erhält nach einem neuen Verwaltungsratspräsidenten nun auch einen neuen Chef. Der Siemens-Manager Roland Fischer soll die im November bekannt gegebene neue Ausrichtung des Konzerns vorantreiben. Vor allem wegen Abschreibungen im Zusammenhang mit dem Kauf von Metco und den eingeleiteten Restrukturierungsmassnahmen schrieb das Unternehmen bei einem leicht tieferen Umsatz von 2,5 Mrd. Franken einen Verlust von 418 Mio. Franken nach einem Gewinn von 202 Mio. Franken im Vorjahr. Ohne die Sonderfaktoren hätte das Unternehmen mit 207 Mio. Franken einen um 2,5 Prozent höheren Gewinn als im Vorjahr erzielt. Dieses Ergebnis wurde jedoch nur erreicht, weil Oerlikon mit der Übernahme von Metco in der Beschichtungssparte sowohl Umsatz wie Betriebsgewinn deutlich steigern konnte. Im Bereich Kunstfaser-Textilmaschinen und im Getriebebau dagegen sind Umsatz und Gewinn eingebrochen. Gründe dafür sind die Marktabschwächung in China und der rekordtiefe Ölpreis.

### **Massiver Stellenabbau bei Implen in Siebnen**

Es war eine Schocknachricht Anfang März für die 49 betroffenen Arbeitnehmer: Der grösste Baukonzern der Schweiz, Implen, entlässt am Standort Siebnen 20 Personen, weitere 20 Personen erhalten das Angebot, bei Implen Zürich angestellt zu werden und neun weitere Arbeitnehmer müssen die Firma aufgrund ihres Alters verlassen. Implen begründet die Massnahme mit dem umkämpften Arbeitsmarkt im Strassen- und Tiefbau. «Dies hat dazu geführt, am Standort Siebnen Kapazitätsanpassungen vorzunehmen», sagte Pressesprecher Reto Aregger vom Implen-Hauptsitz in Dietikon. Der Implen-Standort Siebnen geht auf die Lachner Bauunternehmung Leimbacher AG zurück. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre übernahm die StuaG die damals noch vorhandenen Teile der Leimbacher AG. Später ging die StuaG in der Batigroup auf und seit 2006 operiert die auch international tätige Bauunternehmung unter dem Namen Implen.

### **Einsatz für Arbeit statt Rente ist ein Erfolg**

Die IV-Stelle Schwyz legt einen Fokus ihrer Arbeit auf den Erhalt bestehender Arbeitsverhältnisse oder eine berufliche Wiedereingliederung, wenn Personen gesundheitliche Einschränkungen erleben. Seit 2008 besteht neben der klassischen IV-Anmeldung die

Möglichkeit zur Früherfassung. Betroffene Personen selber, Arbeitgeber, Angehörige, Ärzte oder Versicherungen können sich für ein persönliches Beratungsgespräch melden. Die Bilanz ist erfreulich. 2015 sind 176 Meldungen zur Früherfassung eingegangen. Diese Zahl liegt im Rahmen der Vorjahre. Insgesamt betreut die IV-Stelle Schwyz laufend zwischen 600 und 800 Personen aus allen Altersstufen in einer Eingliederungsphase. Im Jahr 2015 konnten 245 Arbeitsplätze im gleichen Unternehmen erhalten werden. Zudem fanden 83 Personen mit der Unterstützung durch die IV-Stelle Schwyz einen neuen unbefristeten und 11 einen neuen befristeten Arbeitsplatz. Zu den Massnahmen bei einer Frühintervention gehören unter anderem Ausbildungskurse, Anpassungen am Arbeitsplatz, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung oder Beschäftigungsmassnahmen. Die IV nutzt Möglichkeiten, Betriebe bei entsprechendem Engagement finanziell zu entlasten oder allenfalls Einarbeitungszuschüsse zu übernehmen. Informationen für Arbeitgeber gibt es unter anderem beim Verein Netzwerk Arbeit auf der Plattform [www.netzwerk-arbeit.ch](http://www.netzwerk-arbeit.ch).

### **Korrektur bei der Dividendenbesteuerung trägt Früchte**

«Über alle Einkommen hinweg übertrifft im Kanton Schwyz die Steuerausschöpfung die ausgelösten Zahlungen in den NFA-Ressourcenausgleich», hält die Regierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation der beiden FDP-Kantonsräte Christoph Pfister und Marlene Müller fest. Hintergrund ihrer Frage war, dass gewisse Steuerkategorien für den Kanton ein Minusgeschäft waren. Das habe sich nun geändert, schreibt die Regierung. Die Steuereinnahmen für den Kanton seien nun höher als die NFA-Zahlungen, hält Finanzdirektor Kaspar Michel fest. Das gelte insbesondere auch für die Dividendenbesteuerung. Hier hat der Kanton bis letztes Jahr 75 Prozent Rabatt erteilt. Nun wurde dies korrigiert, und wie in anderen Kantonen gibt es in Schwyz nur noch 50 Prozent Rabatt. Seit der Anpassung 2015 lägen die Steuermehreinnahmen durchwegs und klar über den Abgaben in den Ressourcenausgleich. Nach Abzug aller Zahlungen in den Ressourcenausgleich verbleiben nun rund zwei Fünftel der Steuermehreinnahmen zur Finanzierung des Staatsaufwandes. Positiv sei auch die Entwicklung bei der Pauschalbesteuerung. Auch sie weise insgesamt eine positive Marge auf und leiste einen wesentlichen Beitrag.

### **Asylzentrum hemmt die Entwicklung**

Am Unternehmenspodium Mitte Februar im Schulungsraum der Arthur Weber AG im Gewerbegebiet Wintersried in Seewen war das Entwicklungspotenzial der Urmibergachse zentrales Thema. Klar ersichtlich war, dass die beiden Entwicklungsgebiete unterschiedlich ticken: Für Brunnen Nord sind Investoren vorhanden, weil sich eine Lösung bei der Erschliessung abzeichnet. Für Seewen hingegen läuft es diesbezüglich harzig. Die Gemeinde Schwyz ist schon seit elf Jahren daran, das Areal der stillgelegten eidgenössischen Zeughäuser zu erwerben und für Gewerbe und Industrie zu erschliessen. Nun hat der Bund resp. die Armasuisse das Gelände im Baurecht angeboten, was bei den an der Diskussion anwesenden Unternehmervertretern aber eher schlecht ankommt, denn für langfristige Perspektiven ist ein Kauf viel optimaler. Klare Worte fand Christoph Weber, CEO der Arthur Weber AG, zum geplanten Asylzentrum des Bundes mitten in diesem Entwicklungsgebiet. Es mache das Wintersried und die Zeughäuser für Gewerbler nicht unbedingt attraktiver. Auch Volkswirtschaftsdirektor Kurt Zibung betonte, dass das Asylzentrum die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Gegend beeinträchtige. Es gebe bessere Standorte für ein solches Zentrum.

### **Swiss Holiday Park beliebtestes Familienhotel der Schweiz**

Zum dritten Mal in Folge gewinnt das grösste Ferien- und Freizeitresort der Schweiz, der Swiss Holiday Park (SHP) in Morschach, den begehrten HolidayCheck Award. Prämiert werden mit diesem internationalen Label die Lieblingshotels der Feriengäste. Aus über einer Million Hotelbewertungen aus dem Jahr 2015 wurde der Gewinner ermittelt. Die Gäste bewerten die Angebotsvielfalt und -qualität, die Freundlichkeit und das Preis-/Leistungsverhältnis. Damit Hotels diesen prestigeträchtigen Award erhalten, müssen strenge Mindestkriterien erfüllt sein: 90 Prozent Weiterempfehlungsquote mit der Note 5,0 bei mindestens 50 Bewertungen im Vorjahr. Die Auszeichnung ist ein Publikumsaward, was ihn für die Hotels so wichtig macht. «Wir haben in den vergangenen Jahren viel Geld in die Anlage investiert, unser Hotel auf CO2-Neutralität getrimmt, die Energiekosten massiv gesenkt und das Angebot für Familien stark ausgebaut. Heute sind wir das grösste Familienresort der Schweiz», sagt Walter Trösch, Inhaber des SHP. HolidayCheck, gegründet 1999, ist im deutschsprachigen Raum das grösste Mei-

nungsportal in Bezug auf Reisen und Ferien. Es ist aktuell in elf Ländern und neun Sprachen verfügbar. Das Reiseportal zählt 25 Millionen Besucher pro Monat.

### Neuer CEO der Rigi Bahnen AG

Im Sinne einer vorausschauenden Nachfolgeregelung für den in Pension gehenden Peter Pfenniger wird Stefan Otz die Geschicke der Rigi Bahnen AG übernehmen und als Vorsitzender der Geschäftsleitung zusammen mit 160 Mitarbeitenden für neue Impulse sorgen. Der gebürtige Zürcher mit Berner Heimatort ist seit 27 Jahren mit dem Tourismus verbunden und hatte verschiedene Funktionen bei Tourismusverbänden und auf Unternehmensstufe im In- und Ausland inne. Stefan Otz ist seit 13 Jahren Direktor von Interlaken Tourismus. «Wir sind überzeugt, dass wir mit Herrn Otz unseren eingeschlagenen Weg konsequent weiterführen können, und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit diesem tourismus- und führungserfahrenen Profi», führt Verwaltungsratspräsident Karl Bucher aus. Stefan Otz hat sich in einem professionell begleiteten Selektionsverfahren durchgesetzt und wird spätestens am 1. September bei der Rigi Bahnen AG starten.

### Walchwil drängt sich vor Wollerau

Die Gemeinde Wollerau darf sich nicht mehr mit dem Titel steuergünstigste Gemeinde der Schweiz schmücken. Sie muss den Spitzenplatz an Walchwil ZG abgeben. Das zeigt die von der «Neuen Zürcher Zeitung» publizierte Studie des Freiburger Professors Pascal Hinny über die Steuerbelastung 2016. Demnach weist die Zuger Gemeinde für die Einkommenssteuern der natürlichen Personen einen Steuersatz von 22,5 Prozent auf. Wollerau liegt mit 22,8 Prozent knapp dahinter auf Rang zwei. Die Verschiebung ist mit der Erhöhung des kantonalen Steuersatzes in Schwyz von 145 auf 170 Prozent zu erklären. Die Gemeindesteuer in Wollerau hat sich nämlich nicht verändert. Sie beträgt 60 Prozent. Die Prozentsätze der Studie ergeben sich aus direkter Bundessteuer, kantonalem Steuersatz und Gemeindesteuerfuss.

### Wie die Regierung Ziele erfüllt

Alle vier Jahre legt die Regierung ein neues Programm vor. Dieses zeigt: Auf grosse Würfe wird in Zukunft verzichtet, weil für diese das Geld fehlt. Die acht departementsübergreifenden Zielsetzungen werden wie ein Leitbild formuliert. Die Formulierungen sind sehr dehnbar gehalten. Im Bereich Gesellschaft und Lebensqualität wird

auf Eigenverantwortung und Attraktivität gesetzt. Die Finanzen und Steuern sollen ausgeglichen und wettbewerbsfähig sein. Wirtschaft und Arbeit sollen leistungsfähig und lohnend gestaltet werden. Verkehr und Mobilität will die Exekutive nutzerorientiert und zweckmässig gestalten. Siedlung und Umwelt sollen nachhaltig und intakt sein. Gesundheit und Alter werden vorausschauend und bedarfsgerecht angepackt. Bildung und Kultur sollen überzeugend und vielfältig sein, während Sicherheit und Zusammenarbeit effizient und stufengerecht ausgestaltet werden sollen. Alle diese Zielsetzungen werden in einem zweiten Schritt zwar noch etwas präziser umschrieben, sie bleiben aber, wie das bei solchen Planungs- und Strategiepapieren üblich ist, sehr allgemeingültig gehalten. Ein Beispiel: «Das öffentliche Bildungsangebot überzeugt durch hohe Qualität und stärkt damit die Position im innerkantonalen Standortwettbewerb», heisst es zu Bildung und Kultur. Der Kanton soll mit einem «leistungsfähigen und vielfältigen Angebot auf allen Bildungstufen die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Arbeitswelt» erfüllen, gleichzeitig wird mit der Schulentwicklung ermöglicht, «Lernziele und Inhalte an aktuelle pädagogische und didaktische Erkenntnisse anzupassen».

### Mehr Effizienz bei Steuern mit eSteuern.sz

Das Schwyzer Steuersystem soll einheitlicher und einfacher werden. Konkret geht es darum, dass die Steuerprozesse zwischen Kantonen, Bezirken und Gemeinden vereinheitlicht werden. Aus diesem Grund hat die Regierung das Projekt «eSteuern.sz» gestartet. Profitieren vom Vorhaben werden auch die Bürger, weil durch den Einsatz eines gemeinsamen EDV-Programms und einer zentralen Datenbasis die Systembrüche vermieden, die Arbeitsabläufe vereinfacht und der Datenschutz einfacher sichergestellt werden. Im Endausbau kann von einer vereinfachten Abwicklung profitiert werden, indem beispielsweise die Steuererklärung online übermittelt oder eine Fristerstreckung online beantragt werden kann. Die Regierung beantragt dem Kantonsrat einen Verpflichtungskredit von 4,025 Millionen Franken. Damit könnte mit der Umsetzung begonnen werden, die voraussichtlich Ende 2019 abgeschlossen sein wird. Die Investitionskosten werden während vier Jahren abgeschrieben, anschliessend wird, so sieht es das Projekt vor, mit jährlichen Einsparungen von rund 800 000 Franken gerechnet.

### Rigi Bahnen planen ein 55m-Hotel-Hochhaus

Die Gemeinde Arth beschreitet neue Wege. Sie will ihr Arbeitsplatzproblem loswerden und in eine neue Zu-

kunft starten, mit verschiedenen Grossprojekten, wie Gemeindepräsident Peter Probst der Öffentlichkeit präsentieren konnte. Noch sind es Machbarkeitsstudien. Doch schon bald soll es ernst werden. Zum einen baut die Gemeinde ihren Bahnhofplatz in Goldau um und lässt dort ein modernes Zentrum für den öffentlichen Verkehr entstehen. Gleichzeitig haben die Rigi Bahnen Grosses vor. Auf dem Areal des bestehenden Bahndepots soll ein 55 Meter hoher Wohn-, Hotel- und Geschäftsturm entstehen. Das Gebäude würde insgesamt 21 Wohnungen in den oberen der total 14 Stockwerke umfassen, während auf den unteren 3 Etagen 120 Hotelzimmer und Seminarräume geplant sind. Dazu käme auf dem A4-Parkplatz ein neues, 165 Meter langes Geschäfts- und Parkhaus zu stehen. «Es sind Machbarkeitsstudien», sagt Rigi-Bahn-Direktor Peter Pfenniger zu den Bauabsichten. Aber es sei klar, «dass wir das wollen».

### Von der Kunst, der Frankenstärke zu trotzen

Der starke Franken macht Firmen auch gut ein Jahr nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses zu schaffen. Trotzdem ist eine gewisse Zuversicht spürbar. Matthias Weibel, CFO der Faes AG in Wollerau, kritisiert zwar den Entscheid der Nationalbank harsch. Trotzdem hat auch die Faes AG den Schock einigermaßen gut überstanden. «Die Firma behauptet sich gut im aktuell schwierigen Umfeld», sagt Weibel. Die Maschinenbaufirma in Wollerau hat in den vergangenen fünf Jahren viel in die Automatisierung und Digitalisierung ihrer Produkte investiert. Die aktuelle Auslastung ist gut, insbesondere in spannenden Bereichen wie der Medizinaltechnik und im Bereich Aviatik/Space. Die Diga Möbel AG in Galgenen blieb von grösseren Umsatzeinbussen verschont, weil sie in der Preisgestaltung agiert und nicht reagiert hat. Eine Realität ist die Grenzlandproblematik. Die Diga stellt sich dieser Herausforderung, indem sie die Preise auf europäisches Niveau absenken konnte. Der Betrieb handelt seit jeher antizyklisch. In der Hochkonjunktur werden Reserven gebildet, damit in rezessiveren Zeiten Investitionen in Innovationen und Marketing gemacht werden können. Bei der Victorinox AG in Ibach hat sich die Marge gesamthaft reduziert, und der starke Franken zwingt das Unternehmen, alle Bereiche verstärkt zu optimieren. «Bei unseren Swiss-made-Produkten – den Taschenmessern, den Haushalts- und Berufsmessern sowie den Uhren – gewährten wir unseren Partnern im Ausland, die uns in Schweizerfranken bezahlen, temporäre Währungsrabatte, um einen zu starken Preisanstieg in diesen Märkten zu verhindern», sagt Claudia Mader, Kommuni-

kationsverantwortliche der Victorinox. «Im Euroraum, wo wir in Euro fakturieren, hatten wir unsere Preise um fünf bis zehn Prozent erhöht, was jedoch nur einen Teil des Währungseffekts kompensierte. Bei den Produktkategorien, welche wir wirtschaftlich nicht in der Schweiz produzieren können (Bekleidung, Reisegepäck), haben wir in der Schweiz die Preise um bis zu 20 Prozent reduziert.»

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschengagentur (sda) zusammengestellt.*



## Digitale Revolution: Geht uns die Arbeit aus?

**Schon Marx war überzeugt davon, dass die Arbeitnehmer langfristig verlieren. Produktivitätssteigerungen würden zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen und eine «industrielle Reservearmee» bestehend aus beschäftigungslosen Proletariern hervorbringen. Das war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.**

Passiert ist in den letzten 150 Jahren genau das Gegenteil: Die Kaufkraft der Arbeiter ist in den entwickelten Volkswirtschaften massiv angestiegen und ihre Arbeitszeit hat sich stark verkürzt. Trotz dieser klaren Evidenz wird heute erneut intensiv diskutiert, welche Jobs durch die technologische Entwicklung wegfallen und wie die Politik mit der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit umgehen soll. Ist es nun also doch soweit: Geht uns die Arbeit aus?

**Es wird (wie in der Vergangenheit auch) zu einem Strukturwandel kommen.**

Wieder einmal funktioniert der alte Trick mit einfachen, bedrohlichen Bildern: Der Roboter ersetzt den Fließbandarbeiter, die Drohne die Briefträgerin, das selbstfahrende Auto den Taxichauffeur, der Computer die Büroangestellte. Folge: eine riesige Reservearmee. Und wie Marx begeht man denselben Denkfehler, vom heute Bekannten auf die künftige Wirtschaft zu schliessen.

Es ist zwar richtig, dass Industrie 4.0 und Digitalisierung zu Produktivitätssteigerungen führen und weniger Arbeitskräfte für die Produktion der heute bekannten Produkte und teilweise auch Dienstleistungen benötigt werden. Es wird daher (wie in der Vergangenheit auch) zu einem Strukturwandel kommen.

Doch zwei Effekte wirken positiv auf die Nachfrage nach Arbeitskräften. Erstens werden die heute bekannten Produkte günstiger. Mit anderen Worten werden die Konsumentinnen und Konsumenten dafür weniger Geld ausgeben. Sie können sich entsprechend andere Dinge leisten, auf die sie heute noch verzichten müssen. Diese Nachfrage lässt die Wertschöpfung steigen und schafft neue Arbeitsplätze.

Zweitens haben wir heute noch keine Ahnung davon, welche Produkte und Dienstleistungen in der Zukunft entwickelt werden. Können Sie sich vor der Einführung des Smartphones vorstellen, dass diese kleinen Dinger heute so viel können? Die technologische Entwicklung wird auch künftig neue Dienstleistungen und Produkte hervorbringen. Der Mensch ist kreativ und schafft immer wieder Neues. Auch hier entstehen neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

**Dank ihrem dualen Bildungssystem ist die Schweiz für diese Herausforderung gut gerüstet.**

Uns wird also die Arbeit nicht ausgehen. Zwar wird sie in vielen Fällen anspruchsvoller werden. Rein repetitive Tätigkeiten verschwinden wahrscheinlich in vielen Fällen. Doch dank ihrem dualen Bildungssystem ist die Schweiz für diese Herausforderung gut gerüstet: Facharbeiterinnen und Facharbeiter wird es auch in Zukunft brauchen. Statt den Teufel an die Wand zu malen, sollten wir besser die sich bietenden Chancen packen. Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern, damit neue Arbeitsstellen in der Schweiz entstehen. Damit lassen sich allfällige

Arbeitsplatzverluste in anderen Bereichen kompensieren. Den Strukturwandel aufhalten zu wollen, wird auch diesmal nicht funktionieren.

### Das Konstante ist der Wandel

«Fortschritt wäre wunderbar – wenn er einmal aufhören würde!» Dieses Zitat von Robert Musil (1880 bis 1942) spricht vielen aus dem Herzen. Es geht uns in der Schweiz so gut, dass wir uns an den heutigen Zustand klammern möchten. Das Leben geht aber weiter. Der technologische Wandel beschleunigt sich sogar spürbar. Noch in den 1990er-Jahren hatte die Mehrheit der Bevölkerung kein E-Mail-Konto oder kein mobiles Telefon. Heute haben sich bereits neue Nachrichtenkanäle durchgesetzt und das Smartphone hat wenig zu tun mit dem Natel vor der Jahrtausendwende. Gemäss Weltwirtschaftsforum (WEF) hat die vierte industrielle Revolution schon begonnen.

*(economiesuisse)*

## Eine Schutzklausel ist eine realistische Option

Zwei Jahre nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 über die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» überreicht der Bundesrat dem Parlament ein Projekt zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels, das in den Grundzügen bereits bekannt war. Dieses sieht weiterhin eine Kontingentierung der Aufenthaltsbewilligungen für aussereuropäische Personen vor, wobei die Kontingente angepasst werden. EU/EFTA-Staatsangehörige sodann, welche heute von der Personenfreizügigkeit profitieren, werden einer Schutzklausel unterstellt.

Der Bundesrat hofft, eine einvernehmliche Lösung mit der EU zu finden, um eben diese Schutzklausel zu definieren. Jedoch ist bekannt, dass in Anbetracht der bevorstehenden Volksabstimmung in Grossbritannien über einen allfälligen Austritt aus der EU Brüssel vor dem 23. Juni dieses Jahres nicht verhandeln will. So sieht das dem Parlament vorgelegte Projekt eine einseitige Schutzklausel vor, um die verfassungsmässige Frist zur Lösungsfindung bis zum 9. Februar 2017 einzuhalten.

Die vorgeschlagene einseitige Schutzklausel sieht vor, dass der Bundesrat jährliche Höchstzahlen für die Bewilligungen von Personen aus den EU- und EFTA-Staaten festlegt, wenn ein bestimmter Schwellenwert bei der Zuwanderung überschritten wird. EU/EF-TA-Staatsangehörige unterstünden jedoch keiner systematischen Kontrolle der beruflichen Qualifikationen und Einhaltung der Arbeitsbedingungen. Der Bundesrat könnte die Zuteilung der Höchstzahlen auf kantonale Kontingente den Kantonen überlassen.

Ergänzend sieht das Gesetzespaket Massnahmen gegen den Sozialmissbrauch vor und definiert die Kriterien, wann eine arbeitslose Person ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz verliert.

Die Medien haben die Vorschläge mit viel Missmut aufgenommen und sparten nicht mit Kritik an der Regierung; sie sei nicht fähig, eine realistische Lösung vorzulegen. Die Politik reagierte glücklicherweise differenzierter. Tatsächlich verfolgt der Bundesrat den bestmöglichen Weg – oder fast. Sein Projekt zielt ebenso auf die getreue Einhaltung des Volkswillens als auch der Umsetzungsfrist ab. Das Instrument der Schutzklausel – deren einseitige Aktivierung wird als «Plan B» dienen – ist in der EU nicht gänzlich unbekannt, was auf eine Verhandlungslösung mit Brüssel hoffen lässt.

Die Vorstellung einer Verhandlungslösung ist nicht so absurd wie sie uns zu glauben gemacht wird. Die EU ist mit einer zunehmenden Unordnung konfrontiert. Mit den Migrationsströmen quer durch Europa und der gestiegenen Terrorgefahr übernehmen die Mitgliedsländer eigenmächtig, ob mit oder ohne Einverständnis aus Brüssel, wieder die Kontrolle ihrer Grenzen und stufen damit die Schengen- und Dublin-Abkommen zu reinen Papiertigern herab. Vor diesem Hintergrund wird die schreckhafte Unbeugsamkeit der EU-Führung früher oder später nachlassen müssen.

Der bundesrätliche Vorschlag wird in einigen Details verbessert werden können. So hinsichtlich der ausländischen Studenten, welche mit den anderen Zuwanderern nicht

gleichgesetzt werden sollten oder der Möglichkeit der Kantone, ihre Grenzgängerkontingente autonom bewirtschaften zu können. Grundsätzlich jedoch fehlt dem aktuellen Projekt eine solide Legitimität. Mit der Idee, das Prinzip einer Schutzklausel nicht nur auf Gesetzesstufe sondern vielmehr via Volksabstimmung in der Bundesverfassung zu verankern, würde der Mechanismus zur Umsetzung der Entscheidung über die Masseneinwanderungsinitiative vom Volk selbst definiert. Und dieser Mechanismus erhielte eine beachtliche Legitimität, auch gegenüber den europäischen Behörden.

Schliesslich muss die Schutzklausel auch von den Arbeitnehmervertretern angenommen werden. In diesem Sinne ist die Weigerung des Bundesrates unverständlich, auf eine Stärkung der Sozialpartnerschaft einzutreten. Eine originelle Lösung dazu stellte das Centre Patronal vor über einem Jahr vor: Gewisse Gesamtarbeitsverträge sollten auch ohne repräsentative Mehrheit der Arbeitnehmerschaft allgemeinverbindlich erklärt werden. Dieses System der «fliessenden Quoren» wurde den Bundesbehörden vorgestellt und stellt ein weiteres Mittel zur breiten Unterstützung der bundesrätlichen Bemühungen dar.

In diesem Sinne müssen die Überlegungen weitergehen.

(Centre Patronal)

## Revision der Quellensteuer – Ziel: mehr Rechtssicherheit und weniger Bürokratie

**Die Revision der Quellenbesteuerung wird beraten. Es handelt sich um ein wichtiges Geschäft für die Wirtschaft. Wie bei der Mehrwertsteuer sind die Firmen für die Steuererhebung verantwortlich. Sie tragen die Risiken und sollen nicht weiter belastet werden.**

Der Bundesrat revidiert die gesetzlichen Regeln für die Quellenbesteuerung. Anlass sind Gerichtsentscheide, die eine steuerliche Gleichbehandlung von Quellen- und Normalbesteuerten fordern. Von der Quellenbesteuerung sind rund 760 000 Personen betroffen. Es handelt sich um Arbeitnehmende aus dem Ausland, die in der Schweiz keine Niederlassungsbewilligung haben. Die Quellensteuer dient als Ersatz für die ordentliche Einkommenssteuer.

### **Unternehmen als Steuereintreiber: grosser Aufwand und viele Risiken**

Die Quellensteuer als Pauschalsteuer kennt unterschiedliche Tarife und Hunderte von verschiedenen, einkommensabhängigen Steuersätzen. Während der Bund den gesetzlichen Rahmen vorgibt, haben die Kantone in der Anwendung der Quellensteuer viele Freiheiten. Nicht nur die eigentlichen Steuersätze, auch die Art und Weise der Tarifberechnung, die Verfahren und die Formulare gestalten die Kantone weitgehend selbst. Die Folge sind 26 verschiedene Systeme. Zudem bestehen für spezielle Einkommensarten (z.B. Vorsorgeleistungen, Mitarbeiterbeteiligungen), Personengruppen (Referenten, Verwaltungsräte, Werkstudenten) und Grenzgänger aus Deutschland, Frankreich und Italien

je eigene, spezielle Abrechnungen. Dem komplexen und verästelten System ist eines gemeinsam: Die Unternehmen bzw. Arbeitgeber stehen für alles in der Pflicht. Sie berechnen die Steuer und ziehen die Quellensteuer vom Lohn ab; sie füllen die einschlägigen Formulare aus und überweisen die Steuer an den Staat; sie müssen die in der Berechnung häufig intransparenten Tarife kennen und fähig sein, den Mitarbeitenden gegenüber Auskunft zu geben. Denn viele Mitarbeitende müssen (oder wollen) nachträglich noch eine ordentliche Steuererklärung nachreichen. Für den Aufwand erhalten die Unternehmen eine Provision. Dafür stellen sie dem Staat nicht nur die volle Infrastruktur sowie das Personal für den Bezug seiner Steuer zur Verfügung, sondern tragen auch das volle Haftungsrisiko.

### **Korrekturen sind nötig**

Als Risikoposten für die Unternehmen müsste die Quellensteuer dringend vereinfacht werden. Leider ist das nicht das Ziel der laufenden Revision. Musste ein Unternehmen bis heute beispielsweise nur mit einem Kanton zentral abrechnen, soll neu die Abrechnung mit jedem Kanton, in dem ein quellensteuerpflichtiger Mitarbeiter wohnt, erforderlich sein. Angesichts der kantonal unterschiedlichen Regeln und Verfahren, und weil das Tarifsysteem ausserordentlich detailliert ist, sind Fehler bei der Abrechnung beinahe unvermeidbar. Konnten bis heute Korrekturen nachträglich angebracht werden (etwa wenn die Anzahl Kinder falsch angegeben wurde), soll dies künftig nicht mehr möglich sein. Auch soll die Haftung verschärft werden. Verwaltungsrat und Geschäftsleitung sollen

künftig persönlich für Abrechnungsfehler haftbar sein, was angesichts der Komplexität und Anwendung der Steuer im Massenverfahren völlig unverhältnismässig ist. Während die laufende Revision sonst kaum Vereinheitlichungen bringt – jeder Kanton soll weiterhin eigene Berechnungen und Verfahren anwenden können –, wird eine einheitliche Lösung ausgerechnet bei der Provision der Unternehmen angestrebt. Liegt diese heute zwischen einem und vier Prozent, soll sie neu durchgängig ein Prozent betragen – und damit in vielen Fällen sinken.

Die Revision bringt also mehr Aufwand, höhere Kosten und höhere Risiken. In der parlamentarischen Beratung sollte die Gelegenheit genutzt werden, das Gesetz zu vereinfachen und die Firmen zu entlasten. Anträge diesbezüglich liegen vor und sollten unterstützt werden. Dies wäre ein wirksamer Beitrag zum Abbau von administrativen Kosten in der Praxis.

*(economiesuisse)*

## Das Bruttoinlandprodukt im 4. Quartal 2015

**Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz wuchs im 4. Quartal 2015 um 0,4%\*. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des öffentlichen Sektors stützten das BIP-Wachstum. Die Bauinvestitionen blieben praktisch stabil, während die Ausrüstungsinvestitionen rückläufig waren. Der Aussenhandel lieferte einen negativen Wachstumsbeitrag. Der BIP-Deflator ging im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 1,1% zurück. Anhand der Ergebnisse der Quartalschätzungen ergibt sich für das Gesamtjahr 2015 eine erste vorläufige reale BIP-Wachstumsrate von 0,9%, nachdem im Jahr 2014 ein Wachstum von 1,9% erreicht worden war. Die erste Schätzung der BIP-Entwicklung zu laufenden Preisen für das Jahr 2015 beträgt -0,4% (BIP-Deflator 2015: -1,3%).**

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (POoE) wuchsen im 4. Quartal 2015 um 0,1%. Positive Beiträge kamen von den Rubriken Gesundheit, Nahrungsmittel und Getränke sowie Kommunikation. Rückläufig war der Konsum hingegen in der Rubrik Wohnen und Energie. Die Konsumausgaben des Staates stiegen im 4. Quartal um 0,6% an.

Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten im 4. Quartal 2015 einen Rückgang (-0,9%). Ausschlaggebend waren die negativen Impulse der Investitionen in Fahrzeuge sowie in Forschung & Entwicklung, beides in den vorigen Quartalen noch Wachstumstreiber. Positive Beiträge kamen von den Rubriken EDV sowie sonstige Fahrzeuge. Die Bauinvestitionen stagnierten im 4. Quartal 2015 annähernd (+0,1%).

Die Warenexporte (ohne nicht monetäres Gold, Wertsachen und Transithandel) wuchsen im 4. Quartal kräftig um 2,9%. Wie bereits im Vorquartal wurde das Wachstum durch die Rubrik Chemie/Pharmaexporte getragen. Die restlichen Rubriken dagegen stagnierten oder bildeten sich leicht zurück (Uhren/Präzisionsinstrumente/Bijouterie). Ebenfalls kräftig stiegen die Warenimporte (ohne nicht monetäres Gold, Wertsachen) um 4,2%. Auch importseitig gingen die Wachstumsimpulse von der Chemie/Pharmabranche aus. Eine leichte Abnahme wurde in den Rubriken Fahrzeuge sowie Präzisionsinstrumente/Uhren/Bijouterie verzeichnet.

Die Dienstleistungsexporte sanken im 4. Quartal deutlich (-3,2%). Die Dienstleistungsimporte veränderten sich wenig gegenüber dem Vorquartal (-0,3%).

Die meisten Preise auf der Verwendungsseite des BIP setzten die rückläufige Entwicklung der vergangenen Quartale etwas abgeschwächt fort. Der Deflator des privaten Konsums nahm im Vergleich zum 4. Quartal 2014 um 1,4% ab und jener der Ausrüstungsinvestitionen um 2,6%. Im Aussenhandel wurden wie in den Vorquartalen besonders starke Preisrückgänge registriert: Der Deflator der Waren- und Dienstleistungsexporte (Aggregat ohne das nicht-monetäre Gold und andere Wertsachen) nahm um 5,1% ab, derjenige der Importe (vergleichbares Aggregat) um 7,5%. Der Deflator des BIP registrierte einen Rückgang von 1,1%.

Auf der Produktionsseite des BIP kam im 4. Quartal der stärkste Wachstumsimpuls vom verarbeitenden Gewerbe (+1,9%). Dabei handelt

es sich aber nicht um ein breit abgestütztes Wachstum, sondern das positive Ergebnis geht massgeblich auf die Chemie- und Pharmabranche zurück. Ebenfalls positiv entwickelte sich die Wertschöpfung des Baugewerbes (+0,6%) sowie der Verkehrs- und Kommunikationsbranche (+0,5%). Gedämpft wurde das BIP-Wachstum hingegen durch den Handel (-0,6%) und das Gastgewerbe (-1,6%).

### Erste provisorische Ergebnisse für das Gesamtjahr 2015

Aus den Ergebnissen der Quartalschätzungen ergibt sich für das Jahr 2015 eine erste vorläufige Wachstumsrate des BIP von 0,9% zu konstanten Preisen (gegenüber +1,9% im Jahr 2014) respektive ein Rückgang um 0,4% zu laufenden Preisen. Die seit 2009 erstmalig negative Entwicklung des nominalen BIP widerspiegelt massgeblich den ausgeprägten Rückgang des BIP-Deflators (-1,3%).

Verwendungsseitig wuchsen die Konsumausgaben der privaten Haushalte (+1,1%) und des öffentlichen Sektors (+1,7%) sowie die Ausrüstungsinvestitionen (+3,2%). Die Bauinvestitionen waren hingegen leicht rückläufig (-1,2%). Der Aussenhandel mit Waren und Dienstleistungen lieferte insgesamt einen positiven Wachstumsimpuls.

Auf der Produktionsseite des BIP wuchs die Wertschöpfung gemäss diesen vorläufigen Ergebnissen insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen (+5,3%) sowie im verarbeitenden Gewerbe (+3,1%). Negativ entwickelten sich im Gesamtjahr 2015 der Handel (-2,8%) und die Finanzdienstleistungen (-2,1%).

(SECO)

\*Ohne gegenteilige Anmerkung werden die hier aufgeführten Veränderungsraten gegenüber dem Vorquartal (ohne Hochrechnung auf Jahresbasis) als preisbereinigte, verkettete, saison- und kalenderbereinigte Werte nach X-13ARIMA-SEATS berechnet. «Real» steht dabei als Abkürzung für die Formulierung «zu Preisen des Vorjahres, verkettete Werte, Referenzjahr 2010». In der offiziellen Terminologie wird auch von «Volumenentwicklung» gesprochen. Die Preisentwicklungen werden als Vorjahresvergleiche ausgewiesen und basieren auf nicht saison- und kalenderbereinigten Werten.

## Regulierungskostenbremse gefordert

**Jede Regulierung, die eine fixe Grenze an Kosten übersteigt oder mehr als 10000 Unternehmen betrifft, muss in der Schlussabstimmung im Parlament das absolute Mehr erreichen. Analog zur Schuldenbremse fordert der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) dieses System, um die Kosten neuer Regulierungen einzudämmen. Dazu muss das Parlament von einer unabhängigen Stelle transparent über die Kosten jeder Regulierung informiert werden. Vom Bundesrat selber bereits definierte Massnahmen zur Senkung bestehender Regulierungskosten müssen rasch umgesetzt werden.**

Wirtschaft und Gesellschaft zahlen jährlich über 60 Milliarden Franken für die Erfüllung von Regulierungen. 10% des BIP gehen so verloren. Die Regulierungskosten sind ein für die Wirtschaft bedrohlicher Kostenblock geworden. «Der Abbau von unnötigen Regulierungskosten ist ein eigentliches Wachstumsprogramm aus eigener Kraft und viel wirksamer als jedes staatliche Konjunkturprogramm», hält sgv-Präsident Jean-François Rime fest. «Für ein Wirtschaftswachstum und für die Arbeitsplätze hat die ganze Gesellschaft ein riesen Interesse, dass wir diese Kosten in den Griff bekommen.»

Angesetzt werden muss bei der Senkung bestehender Regulierungskosten. «Der Gewerkekongress fordert die Senkung der unnötigen Regulierungskosten um 10 Milliarden. Der Bundesrat hat im Anschluss selber Massnahmen definiert, wie sie gesenkt werden können», betont CVP Ständerat Jean-René Fournier. Der Vizepräsident des Schweize-

rischen Gewerbeverbands hat erfolgreich eine Motion durch beide Parlamentskammern gebracht, die den Bundesrat verpflichten, seine selber vorgeschlagenen Massnahmen rasch umzusetzen. «Jetzt sind vom Bundesrat Taten gefordert. Der Auftrag des Parlaments ist klar», so Fournier.

Konkrete Massnahmen sind gefordert, damit nicht laufend neue Regulierungskosten entstehen. Kernpunkt dabei ist die Einführung einer systematischen Regulierungskostenbremse im Parlament. Ab einem gewissen Betrag an Kosten aus einer Regulierung oder wenn diese mehr als 10000 Unternehmen betrifft, muss das Parlament in der Schlussabstimmung mit absolutem Mehr zustimmen. Bei der Schuldenbremse macht man mit einem solchen System sehr gute Erfahrungen. Das sollte deshalb auch für die Eindämmung der Regulierungskosten angewendet werden.

Grundlage dazu ist, dass die Kosten pro Regulierung dem Parlament transparent und offen sowie von einer unabhängigen Stelle überprüft dargelegt werden. Nur wenn das Preisschild der Regulierungen bekannt ist, sind die relevanten Entscheidungsgrundlagen für die parlamentarische Beratung vorhanden. Es darf auch nur dort Regulierungen geben, wo es sie wirklich braucht. Treiber der Regulierung wie der stetig steigende Personaletat beim Bund aber auch die zunehmenden externen Mandate müssen eingedämmt werden.

*(Schweizerischer Gewerbeverband)*

## Grosshandelspreise (Basis Dezember 2015 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2014</b>	98,1	97,7	97,8	97,5	97,5	97,6	97,5	97,3	97,3	97,1	96,5	96,1
<b>2015</b>	95,5	94,2	94,4	92,4	91,6	91,6	91,3	90,7	90,6	90,8	91,2	90,8
<b>2016</b>	99,6	99,0										
<sup>1</sup>	-5,3	-4,6										

### Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2014</b>	98,8	98,6	98,6	98,4	98,4	98,5	98,3	98,1	98,1	98,1	97,4	97,2
<b>2015</b>	97,1	96,4	96,5	95,0	94,2	94,2	93,9	93,4	93,4	93,6	93,9	93,7
<b>2016</b>	99,9	99,4										

### Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2014</b>	96,6	95,9	96,0	95,5	95,7	95,7	95,8	95,7	95,5	95,2	94,6	93,7
<b>2015</b>	92,1	89,4	89,9	87,1	86,2	86,1	85,8	84,9	84,8	84,7	85,4	84,7
<b>2016</b>	99,2	98,2										

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2015 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2014</b>	98,6	98,7	99,1	99,2	99,5	99,4	99,0	99,0	99,1	99,1	99,1	98,6
<b>2015</b>	98,2	97,9	98,2	98,1	98,3	98,4	97,8	97,6	97,7	97,8	97,7	97,3
<b>2016</b>	99,6	99,8										
<sup>1</sup>	-1,3	-0,8										

		2014 <sup>2</sup>	2015 <sup>2</sup>	2015					2016	
				Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
<b>Monatsindex (Dezember 2010 = 100)</b>										
<b>Totalindex</b>		<b>99</b>	<b>97,9</b>	<b>97,6</b>	<b>97,7</b>	<b>97,8</b>	<b>97,7</b>	<b>97,3</b>	<b>99,6</b>	<b>99,8</b>
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	99,5	98,7	99,2	99,2	98,7	98,5	97,4	100,3	100,7
	Alkoholische Getränke und Tabak	104,4	104,4	104,5	104,5	104,3	104,4	103,4	100,4	100,9
	Bekleidung und Schuhe	84,5	84,7	79,9	84,1	88,7	88,1	87,4	92,2	94,1
	Wohnen und Energie	103,7	103,0	103,0	103,0	102,9	102,9	102,3	100,0	100,2
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	94,5	92,4	91,4	91,5	91,0	92,2	92,5	98,9	98,9
	Gesundheitspflege	98,1	97,7	97,5	97,5	97,5	97,5	97,5	100	100
	Verkehr	96,3	92,0	92,0	91,3	91,4	90,9	90,4	98,9	99,0
	Nachrichtenübermittlung	94,9	94,1	94,1	94,1	92,7	92,8	92,7	100	100,2
	Freizeit und Kultur	94,6	92,7	92,4	92,4	92,7	92,8	92,3	99,6	99,9
	Erziehung und Unterricht	105,4	106,7	106,3	107,3	107,3	107,3	107,3	100	100
	Restaurants und Hotels	103,7	103,7	103,5	103,3	103,1	102,7	102,8	101,2	101,1
Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,3	99,5	99,1	99,3	99,3	99,3	99,3	99,3	98,8	98,8
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	101,3	101,4	101,4	101,3	101,2	101,0	100,9	100,1	100,3
	Auslandgüter	93	88,7	87,5	88	88,7	88,8	87,7	98,1	98,4
	Waren	94,8	91,9	91,1	91,4	91,7	91,8	90,9	98,9	98,9
	Dienstleistungen	102,1	102,3	102,3	102,2	102,2	102	101,9s	100,1	100,4

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

# Und ewig lächelt der Kandidat am Strassenrand

Loriot sagte einmal, dass der beste Platz für den Politiker das Wahlplakat sei. Dort ist er tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen! Und das Wahlplakat hat seit letztem August Hochkonjunktur in unserem Kanton. Man kann eigentlich nur staunen, wie viele Politiker oder solche, die es zu werden gedenken, es in unserem doch beschaulichen Kanton überhaupt gibt. Wenn diese H+I-Auslese erscheint, ist diesbezüglich zwar wieder etwas Ruhe eingekehrt. Oder auch nicht. Vielleicht wird ja nun auch auf Gemeindeebene ebenso plakatiert, inseriert, publiziert, geflyert, gepostet, geliked und an Podien und Standaktionen Werbung für Personen und Parteiprogramme gemacht wie wir dies in den letzten Monaten bei den National- und Ständerats- und unlängst bei den Regierungs- und Kantonsratswahlen erlebten.

Unmittelbar vor den Wahlen am 20. März war dann aber zu lesen, dass eine sehr tiefe Stimmbeteiligung zu erwarten sei. Aber hallo, wir wählen unser Parlament, unsere Regierung! Beim Schreiben dieser Zeilen kenne ich weder Resultate noch Stimmbeteiligung. Aber der Umstand, dass womöglich nur rund ein Drittel der Stimmberechtigten sich für die Besetzung des kantonalen Parlaments und der Regierung interessieren, stimmt doch nachdenklich. Bei den National- und Ständeratswahlen letzten Herbst war die Stimmbeteiligung bei erstaunlichen 53.7 Prozent. 1999 waren es nur gerade 40.9 Prozent. Hier ist zumindest eine positive Entwicklung feststellbar. Als wir Ende Februar dann über Durchsetzungsinitiative, 2. Gotthardröhre, Heiratsstrafe und Spekulation mit Nahrungsmitteln abzustimmen hatten, lag die Stimmbeteiligung gar bei

68.9 Prozent. Vorausgegangen sind wie auch bei Personenwahlen grosse Kampagnen und eine hohe Präsenz in den traditionellen wie auch «sozialen» oder eher virtuellen Medien.

Aber auf Stufe Kanton sackt trotz einer noch nie dagewesenen Kampagnentätigkeit die Wahllust der Schwyzerinnen und Schwyzer ein! Oder ist womöglich der visuelle Overkill eingetreten? Mögen die Schwyzer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die amtierenden oder neu antretenden Vertreter ihres Kantonsparlaments und ihrer Regierung bereits vor den Wahlen bereits nicht mehr sehen? Man könnte es fast meinen. Und wie sieht es denn aus, wenn im Frühling auf Bezirks- und Gemeindeebene noch die letzten Personenwahlen für zumindest ein Weilchen anstehen? Sind die Schwyzer Wählerinnen und Wähler nach dem Kampagnenmarathon so «schwach wie Flasche leer», wie einst der italienische Fussballtrainer Giovanni Trapattoni über seine damaligen Bayern-Spieler schimpfte?

Es scheint so zu sein und dies ist bedauernswert. In Zeiten wo «Politverdrossenheit» zum Alltagsvokabular gehört, Stammtischpolterer und Social Media-Hobbykommentatoren eher bescheidene bis bedenkliche Beiträge abliefern, sollte man sich gut überlegen, ob man nicht doch seine Bürgerpflichten erfüllen soll und den antretenden und gewählten Politikerinnen und Politikern auch etwas Respekt zollt. Denn vor allem auf Gemeindeebene, wo durch den tendenziellen Mangel an fähigen oder zumindest willigen Personen vieles in Richtung professionelle Exekutive hindeutet, muss man froh sein, dass sich doch noch Schwy-

zerinnen und Schwyzer – vom Jungpolitiker bis zum Pensionär – bereit erklären, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Und ganz ehrlich: Ich ziehe vor ihnen allen den Hut. Sie erklären sich bereit, sich in einem nicht immer leichten Umfeld für das Gemeinwesen einzusetzen. Egal auf welcher Stufe und welcher politischer Gesinnung. So lächle ich den Personen auf den Plakaten zu und bin froh, dass sie versuchen, sich für unser aller Wohl einzusetzen. Aber ich freue mich auch auf die Zeiten, wo Wiesen wie auch Gewerbe- und Privatgebäude an rege befahrenen Strassen ohne lächelnde Politiker auskommen.

*Roger Bürgler*  
Kultur- und Medienschaffender  
[www.kulturwerk.ch](http://www.kulturwerk.ch)

**Diese Ausgabe wird gesponsert von  
pensionskasse pro,  
Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz,  
www.pkpro.ch**

<b>Nr.</b>	<b>Datum</b>	<b>Sponsor</b>			
473	27.08.2015	C. Vanoli Generalunternehmung AG, Artherstrasse 27, 6405 Immensee	484	25.08.2016	Reichmuth & von Reding GmbH, Steinbislin 15, 6423 Seewen SZ
474	24.09.2015	Fröhlich Architektur AG, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon	485	22.09.2016	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
475	28.10.2015	Immobilien Liegenschaften AG, Kornhausstrasse 25, 8840 Einsiedeln	486	20.10.2016	
476	26.11.2015	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	487	24.11.2016	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
477	18.12.2015	CONVISA AG, Unternehmens-, Steuer- & Rechtsberatung, Herrengasse 14, 6430 Schwyz			
478	28.01.2016	Mattig-Suter und Partner, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6430 Schwyz			
479	25.02.2016	Elektrizitätswerk des Bezirkes Schwyz, Riedstrasse 17, 6431 Schwyz			
<b>480</b>	<b>24.03.2016</b>	<b>pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz</b>			
481	21.04.2016	Acuitas AG, Breitenstrasse 39, 8852 Altendorf			
482	26.05.2016	Reismühle Brunnen, Industriestrasse 1, 6440 Brunnen			
483	23.06.2016	Hole Gasse AG, Artherstrasse 60, 6405 Immensee			